

1 **Positionspapier zu den kommunalen Herausforderungen der Flüchtlingspolitik**

2

3 Die Aufnahme von Menschen, die vor Krieg und Vertreibung fliehen, ist nicht nur eine humanitäre
4 Pflicht, sondern auch in unserem Grundgesetz verankert. Das Asylrecht sichert politisch-verfolgten
5 Menschen Schutz in Deutschland.

6 Die Zahl der Flüchtlinge ist in letzter Zeit stark angestiegen, was die Kommunen vor große
7 Herausforderungen bei der notwendigen Versorgung stellt. Dabei geht es nicht nur um eine
8 kurzfristige erste Hilfe, sondern auch um Konzepte für langfristige Perspektiven. Eine erfolgreiche
9 Flüchtlingspolitik ist eng verbunden mit einer erfolgreichen Integrationspolitik. Die Umsetzung liegt
10 auch hier bei den Kommunen. Um einer Überforderung der Kommunen entgegen zu steuern,
11 benötigen unsere Städte und Gemeinden bei den folgenden Maßnahmen Unterstützung von Bund
12 und Land:

- 13 • Ausbau der Flüchtlingsunterkünfte
- 14 • Beseitigung des Wohnraummangels
- 15 • Erweiterung der Kitaplätze und Aufstockung des pädagogischen Fachpersonals
- 16 • Ausbau der Schulen und Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte
- 17 • Aufstockung von Sozialarbeitern und Kulturvermittlern
- 18 • Realisation von Integrations- und Sprachkursen
- 19 • Bildungsberatung und Arbeitsvermittlung

20 Eine gelungene Integrationspolitik ist einerseits ein wirkungsvoller Beitrag gegen Rechtsextremismus.
21 Als Folge mangelnder Integrationspolitik kann andererseits das Leben in prekären, ungesicherten
22 Verhältnissen eine Retraumatisierung der Geflüchteten auslösen oder auch zu erhöhter Kriminalität
23 führen.

24 Für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist es unerlässlich, die Regeln unserer freiheitlich
25 demokratischen Grundordnung zu schützen. Zu diesen Werten gehört unter anderem die
26 Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Nichtduldung von Antisemitismus, die religiöse
27 Toleranz sowie die Akzeptanz von queeren Menschen. Straftaten wie beispielsweise Clankriminalität,
28 Zwangs- und Frühverheiratung oder Ehrenmorde sind in unserem Rechtsstaat von der Justiz zu
29 verurteilen. Die Abschiebung Ausreisepflichtiger muss dann auch in Kooperation zwischen den
30 Kommunen, Land und Bund funktionieren.

31 Die Anzahl der Aufnahmen von Flüchtlingen in Europa ist nirgendwo so hoch wie in Deutschland. Das
32 belegen die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge: Deutschland nahm
33 2022 über 240.000 Flüchtlingen auf, weit dahinter folgen Frankreich mit 150.000, dann Spanien und
34 Österreich 120.000, bzw. 100.000 Aufnahmen. Italien hat 2022 mit 85.000 Flüchtlingen lediglich ein
35 Drittel im Vergleich zu Deutschland aufgenommen. Ca. 1.000.000 Asylbewerber kamen nach Europa -
36 jeder Vierte davon hat Asyl in Deutschland beantragt.

37 Steuernde Migrationspolitik beginnt auf der Ebene der Europäischen Union mit einer gemeinsamen
38 Vereinbarung über Aufenthaltszonen an den EU-Grenzen unter humanitären Mindeststandards und
39 einer besseren Verteilung. Sollte eine solche europäische Lösung nicht umgesetzt werden können,
40 müssen Bund und Länder eigene Konsequenzen diskutieren, entwickeln und umsetzen. Priorität
41 muss neben der Integration von geflüchteten Menschen die Funktionsfähigkeit des Sozialstaates und
42 die Sicherstellung der öffentlichen Ordnung sein. Jede Gesellschaft hat nur eine begrenzte Tragkraft,

43 wie bereits der damalige Bundespräsident Gauck zutreffend akzentuiert hat („Unser Herz ist weit,
44 doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Joachim Gauck, 2015.)

45 Bei wachsendem Fachkräftemangel braucht Deutschland qualifizierte Zuwanderung zur Erhaltung
46 des Wohlstandes. Ein Einwanderungsgesetz für wirtschaftliche Migration, welches Deutschlands
47 Interessen definiert und klare Kriterien für den Zuzug in unser Land regelt, würde in erheblichem
48 Maße dazu beitragen, die Leistungsfähigkeit in unserem Land dauerhaft zu sichern.

49 Die Flüchtlingspolitik ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Die enge Zusammenarbeit von Bund,
50 Ländern und Kommunen ist unverzichtbar, um den anstehenden Herausforderungen gerecht zu
51 werden. Die Gesellschaft und Kommunen dürfen durch die Anzahl der Flüchtlinge nicht überfordert
52 werden. Städte und Gemeinden benötigen ausreichend Finanzmittel, um die Anforderungen zu
53 stemmen und auf Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern zu stoßen. Dies ist eine wichtige
54 Voraussetzung für den sozialen Frieden im Land und die Sicherstellung eines freiheitlichen
55 Gemeinwesens.

56

57